



Pressemitteilung 06/2022

München, 22.06.2022

Gemeinden gewährleisten Wasser und Energie für die Bürgerschaft

Zum morgigen Tag der Daseinsvorsorge

"Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte gewährleisten als Wasserversorger und wichtige Akteure bei der Energiewende auch weiterhin, dass die Bürgerinnen und Bürger Trinkwasser zu niedrigen Preisen genießen können und beteiligen sich gleichzeitig aktiv an der Energiewende im Land, indem sie tatkräftig den Aufbau einer regionalen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen vorantreiben" sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum morgigen Tag der Daseinsvorsorge. "Sicheres und qualitativ hochwertiges Trinkwasser empfinden wir alle als Selbstverständlichkeit. Der Klimawandel, die demographische Entwicklung im Lande sowie der hohe Nitrateintrag ins Wasser erfordern jedoch eine ständige Vorsorge, damit diese Selbstverständlichkeit gewahrt bleibt. Bayerns Gemeinden sichern die ortsnahe Trinkwasserversorgung, brauchen dafür aber die Rückendeckung durch die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips und den Vorrang des Trinkwasserschutzes vor anderweitigen Nutzungen. Zum Schutz dieses Allgemeinguts sind Einzelinteressen oder gar politisches Taktieren fehl am Platz. Denn sicheres Trinkwasser ist unverhandelbar. Wasser ist Leben!" Brandl wies darüber hinaus darauf hin, dass die Gemeinden und Städte mit ihren Unternehmen Vorreiter und Träger der Energiewende sind. Durch den Aufbau einer regionalen Erzeugung aus erneuerbaren Quellen und Wärmenetzen zeigen sie, wie man diese Transformation managen kann und gleichzeitig die Versorgungssicherheit gewährleistet. Damit tragen die kommunalen Unternehmen aktiv zum Klimaschutz bei. Jedoch bringt die Energiewende neue Erfordernisse. Damit die Gemeinden aus Wertschöpfungsgründen die erforderlichen PV-Freiflächenanlagen und Windräder selbst errichten können, müssen sie von den kommunalrechtlichen Fesseln befreit werden, wonach sie nur so viel Energie erzeugen dürfen, wie im Gemeindegebiet verbraucht wird. Brandl: "Warum soll eine Landgemeinde, die geeignete Flächen hat, oder ein Stadtwerk nicht so viel erneuerbare Energien produzieren können wie möglich, um einen substantiellen Beitrag zur Energiewende zu leisten?" Die im Herbst geplante Kommunalrechtsnovelle wäre ein guter Anlass, dies zu korrigieren.

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags, Tel 089 360009 - 30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de

Homepage: www.bay-gemeindetag.de